

EUROPABÜRO BRÜSSEL

JOSCHA RITZ
OLAF WIENTZEK

Februar 2011

www.kas.de

www.eukas.eu

Langfristige Weichenstellungen und Signale zu aktuellen Krisen

DER EUROPÄISCHE RAT VOM 04. FEBRUAR 2011

Die Staats- und Regierungschefs nutzen ihre erste Tagung im neuen Jahr, um die Weichen für die wirtschafts- und energiepolitische Agenda 2011 zu stellen und ein deutliches Signal der Unterstützung für die Reformprozesse in Ägypten und Tunesien auszusenden. Im Mittelpunkt der Diskussion sollte ursprünglich die EU-Energiepolitik stehen. Die Staats- und Regierungschefs machten ihre Unterstützung für verstärkte energiepolitische Koordination auf europäischer Ebene deutlich. Der „Energiegipfel“ wurde jedoch zum einen durch die Arbeiten zur Vorbereitung des Wirtschaftsgipfels am 24./ 25. März überlagert. Die Staats- und Regierungschefs verständigten sich darauf, dass der von der Bundesregierung vorgeschlagene Pakt für Wettbewerbsfähigkeit Teil eines zu schnürenden Gesamtpakets werden soll. Zum anderen wurde die Tagung durch die dramatischen politischen Umwälzungen in Ägypten und Tunesien dominiert: Die Staats- und Regierungschefs nutzen die Gelegenheit, um den unverzüglichen Beginn eines Reformprozesses in Ägypten zu fordern und eine Neuausrichtung ihrer Politik gegenüber der Region anzudeuten. Des Weiteren nahm der Europäische Rat Schlussfolgerungen zur Innovationspolitik an und bekräftigte die von den Außenministern beschlossenen Sanktionen gegenüber Belarus.

1. Politische Unterstützung für die energiepolitische Agenda der EU

Kernthema des Europäischen Rates sollte ursprünglich die EU-Energiepolitik sein. Dabei galt es, die politische Unterstützung der

Staats- und Regierungschefs für eine verstärkte energiepolitische Koordination auf europäischer Ebene zu generieren. Angestrebt wird das 20 – 20 – 20 – Ziel, das gegenüber dem Niveau von 1990 eine Reduktion der Treibhausgasemissionen um 20%, eine Steigerung des Anteils erneuerbarer Energien am Gesamtenergieverbrauch um 20% sowie die Erhöhung der Energieeffizienz um ebenfalls 20% vorsieht. Damit soll ein Beitrag zur Bekämpfung des Klimawandels geleistet und zugleich Energiesicherheit sowie Wettbewerbsfähigkeit gestärkt werden.

Auf der Tagung des Europäischen Rates bestand weitgehender Konsens zur energiepolitischen Agenda der EU. Strittig waren insbesondere die Finanzierung geplanter Infrastrukturprojekte sowie die Marschroute zur Erreichung des Energieeffizienzziels. Die Staats- und Regierungschefs verständigten sich auf eine Vollendung des Energiebinnenmarkts bis 2014 und bekundeten ihren Willen, weitere Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz und zum Ausbau erneuerbarer Energien zu unterstützen.

Energiebinnenmarkt

Die Staats- und Regierungschefs gaben grünes Licht für die Vollendung des Energiebinnenmarkts. Dazu wurde der Rahmen für die Finanzierung der Energieinfrastruktur abgesteckt und 2014 als Zieldatum für die Vollendung des Energiebinnenmarkts festgeschrieben. Durch Erneuerung und Ausbau der Energieinfrastruktur soll sichergestellt werden, dass erneuerbare Energien künftig dort produziert werden können, wo ihre Produktion am wirtschaftlichsten ist. Ferner soll auf diesem Wege der Wettbewerb gestärkt und jeder Mitgliedstaat bis 2015 an

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

EUROPABÜRO BRÜSSEL

JOSCHA RITZ
OLAF WIENTZEK

Februar 2011

www.kas.de

www.eukas.eu

das europäische Energienetz angeschlossen werden: Insbesondere der baltische Raum soll künftig vor Energiekrisen bewahrt werden.

Strittig war, zu welchen Anteilen die Finanzierung von Infrastrukturprojekten aus privaten und öffentlichen Mitteln erfolgen soll. In ihrer Mitteilung zur Energieinfrastruktur vom 17. November 2010 schätzte die Kommission den Investitionsbedarf bis 2020 auf rund 1 Billion Euro, wobei allein 200 Milliarden Euro für Energietransportnetze benötigt werden. Die Staats- und Regierungschefs einigten sich nun darauf, dass der private Sektor – gegen entsprechende Durchleitungsgebühren – die Hauptlast tragen müsse. Ein noch zu schaffender Regulierungsrahmen soll Anreize für private Investitionen stärken. Bereits fest steht, dass Genehmigungsverfahren gestrafft werden sollen. In der Kommissions-Mitteilung ist in diesem Zusammenhang von der Einrichtung einer einzigen Kontaktstelle und Genehmigungsfristen für Projekte von europäischem Interesse die Rede. Ein entsprechender Gesetzesvorschlag wird bereits von der Kommission ausgearbeitet. Öffentliche Unterstützung wird hingegen nur unter strikten Voraussetzungen erfolgen: Um private Investitionen anzuschieben, kann ein Projekt mit begrenzten öffentlichen Mitteln finanziert werden, wenn es die Energiesicherheit erhöht und nicht ausreichend private Mittel bereitstehen. Die Kommission wird aufgefordert, bis Juni 2011 Zahlen, Instrumente und mögliche Hindernisse für Investitionen im Infrastrukturbereich zu benennen.

Strittig war ferner, ob ein Datum für die Vollendung des Energiebinnenmarkts gesetzt werden soll. 2014 wurde nun als Zieldatum festgeschrieben. Insbesondere die Kommission hatte auf ein ehrgeiziges Zieldatum gedrungen, um dem Projekt neuen Schwung zu verleihen. In Anbetracht besonders großer technischer und finanzieller Herausforderungen wird es künftig eines Kraftakts aller bedürfen, um den hochgesteckten Erwartungen zu entsprechen.

Energieeffizienz und erneuerbare Energien

Zudem unterstrichen die Staats- und Regierungschefs ihren Willen zur Stärkung der Energieeffizienz und zum Ausbau erneuerbarer Energien. Insbesondere im Bereich der Energieeffizienz läuft die EU Gefahr, das selbst gesteckte 20%-Ziel bis 2020 zu verfehlen – ein Risiko, das auch von den Staats- und Regierungschefs erkannt wurde. Wie dieses Ziel erreicht werden soll, bleibt jedoch weiterhin strittig. Die Staats- und Regierungschefs verständigten sich hinsichtlich darauf, Energieeffizienzstandards bei der öffentlichen Auftragsvergabe für Gebäude und Dienstleistungen bis zum 1. Januar 2012 zu berücksichtigen. In Erwartung des neuen Energieeffizienzplans der Kommission, der für März 2011 vorgesehen ist, wurden weitere Entscheidungen vertagt. Ob das unverbindliche Energieeffizienzziel rechtlich verbindlich gemacht werden sollte – wie vom Europäischen Parlament in einer Resolution vom 15. Dezember gefordert –, war kein zentraler Diskussionsgegenstand. In den kommenden Monaten gilt es nunmehr, sich schnellstmöglich auf einen ambitionierten Arbeitsplan für die nächsten Jahre zu verständigen.

Ferner betonten die Staats- und Regierungschefs ihre Absicht, Fortschritte bei der Implementierung der Erneuerbare-Energien-Richtlinie sowie bei Investitionen in erneuerbare Energien und CO₂-arme Technologien zu erzielen. Im Vorfeld des Gipfels hatte die Kommission deutlich gemacht, dass die Mitgliedstaaten insgesamt ihre selbst gesteckten Ziele zum Anteil erneuerbarer Energien im Elektrizitäts- und Transportsektor für 2010 verfehlt haben. Die Leistungen der einzelnen Mitgliedstaaten divergieren diesbezüglich jedoch beträchtlich: Deutschland liegt in beiden Fällen besonders gut im Soll. Insbesondere Frankreich und Tschechien unterstrichen das Potential der Kernenergie als CO₂-arme Technologie zur Bekämpfung des Klimawandels und gaben dazu im Vorfeld des Gipfels eine gemeinsame Erklärung ab, die für kontroverse Debatten innerhalb des Europäischen Rates und des Parlaments sorgte. Um das 20%-Ziel bis 2020 zu erreichen, sollen –

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

EUROPABÜRO BRÜSSEL

JOSCHA RITZ
OLAF WIENTZEK

Februar 2011

www.kas.de

www.eukas.eu

gemäß dem Europäischen Rat – Koordination und Kooperation über nationale Grenzen hinweg gestärkt, Investitionen erhöht – die Kommission schlägt eine EU-weite Verdoppelung auf jährlich 70 Milliarden vor – und weitere EU-Initiativen lanciert werden.

Schließlich ging vom Europäischen Rat die Forderung aus, zur Stärkung der Energiesicherheit die Möglichkeiten für einen nachhaltigen Abbau fossiler Brennstoffe in Europa zu untersuchen. Insbesondere Polen, dessen Energieversorgung auf einheimischen fossilen Brennstoffen wie Stein- und Braunkohle basiert, hatte sich für eine entsprechende Forderung stark gemacht. Es ist zu klären, wie sich eine entsprechende Initiative mit den EU-Klimazielen und dem Führungsanspruch Europas in internationalen Klimaverhandlungen vereinbaren lässt.

Energieaußenpolitik

Darüber hinaus wurden Schritte hinsichtlich einer stärkeren Koordinierung im Bereich der Energieaußenpolitik eingeleitet. Drei Aspekte standen hier im Vordergrund: Erstens die Koordinierung der bilateralen Energiepolitiken der Mitgliedstaaten, zweitens die Beziehungen der EU zu wichtigen Partnerländern und drittens die Diversifizierung der Versorgungswege.

Die wichtigste Neuerung betraf die Koordination der bilateralen Energiepolitiken: Zur Stärkung der Kohärenz der Energieaußenpolitik verpflichteten sich die Mitgliedstaaten dazu, ab Januar 2012 die Europäische Kommission über alle neuen und existierenden bilateralen Energieverträge mit Drittstaaten zu informieren. Die entsprechenden Informationen werden gegenüber allen anderen EU-Mitgliedern zugänglich gemacht, mit Ausnahme sensibler Angaben.

Des Weiteren sollen so genannte Energiepartnerschaften mit Schlüsselländern abgeschlossen werden. Diese sollen neben dem Thema Versorgungssicherheit auch auf die Unterstützung größerer Energieeffizienz, Förderung kohlenstoffarmer Technologien, die Schaffung eines guten Investitionsklimas und hohen Sicherheitsstandards bei Nuklearanlagen abzielen. Wie konkret diese

Partnerschaften aussehen sollen oder welches die Partnerländer sind, wurde nicht ausgeführt. Ferner wurde angekündigt, eine engere Zusammenarbeit mit Russland anzustreben – unter Berücksichtigung bestehender Foren und Instrumente wie dem Energiedialog und der im Juni vergangenen Jahres angenommenen Modernisierungspartnerschaft, in welcher der Schwerpunkt auf der Steigerung der Energieeffizienz liegt.

Allgemein äußerten die Staats- und Regierungschefs ihre Unterstützung für die Entwicklung des „südlichen Gas-Korridors“, ohne aber konkret entsprechende Partnerländer oder einzelne Pipeline-Projekte wie Nabucco, „Trans Adriatic Pipeline“ (TAP) oder „Italy-Turkey-Greece-Interconnector (ITGI)“ zu nennen. Dies spiegelt die sehr unterschiedlichen Haltungen der Mitgliedstaaten zum einen gegenüber dem „südlichen Korridor“ im Allgemeinen sowie den einzelnen Vorhaben im Besonderen wider: Während unter anderem Großbritannien, Rumänien und Spanien das Projekt nachhaltig unterstützen, lehnten Mitgliedstaaten, die am Pipeline-Projekt South Stream mit Russland beteiligt sind, eine einseitige Fokussierung auf den „südlichen Gaskorridor“ und die Nennung konkreter Partnerländer und Projekte ab. Die Kommission selbst hatte sich zuletzt – durch Verlautbarungen sowie durch den Besuch von Barroso in Aserbaidschan und Turkmenistan – für einen raschen Baubeginn der Nabucco-Pipeline stark gemacht, die Europa unter Umgehung Russlands mit Gas versorgen soll. Energiepolitische Aspekte sollen zudem sowohl in der Arbeit des Europäischen Auswärtigen Dienstes als auch in der Europäischen Nachbarschaftspolitik stärkere Berücksichtigung finden.

Bis Juni soll die Europäische Kommission nun eine Mitteilung zur Versorgungssicherheit und internationalen Zusammenarbeit im Energiebereich erarbeiten.

Auf dem Europäischen Rat im Juni 2011 wird das Thema Energie erneut auf der Agenda stehen.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

EUROPABÜRO BRÜSSEL

JOSCHA RITZ

OLAF WIENTZEK

Februar 2011

www.kas.de

www.eukas.eu

2. Weichenstellung für den Wirtschaftsgipfel: Einigung auf einen Pakt für Wettbewerbsfähigkeit

Die Staats- und Regierungschefs stimmten das weitere Vorgehen in der Wirtschafts- und Finanzpolitik in Vorbereitung auf den traditionellen Wirtschaftsgipfel am 24./ 25. März ab. Ihrer Entschlossenheit, die Stabilität der Eurozone sicherzustellen, verliehen die Staats- und Regierungschefs der Eurozone und die EU-Organe in einer separaten Erklärung Ausdruck. Ziel ist es, im März ein Gesamtpaket zu schnüren, dessen Kernelement ein Pakt für Wettbewerbsfähigkeit darstellen wird, der das politische Schlagwort „Wirtschaftsregierung“ mit Inhalt füllen soll.

Im Zentrum einer längeren Diskussion stand der Vorschlag der Bundesregierung – mit Unterstützung Frankreichs –, künftig eine vertiefte wirtschaftspolitische Koordination im Rahmen eines Pakts für Wettbewerbsfähigkeit zu erreichen. Dabei erzielten die Staats- und Regierungschefs bereits grundsätzliche Einigkeit über die Einrichtung des Pakts sowie über Ziele und Prinzipien. Angestrebt wird die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der gesamten Eurozone. Damit soll ein weiteres Auseinanderdriften innerhalb des gemeinsamen Währungsgebiets verhindert und die Wettbewerbsfähigkeit der EU im Vergleich zu Drittstaaten gestärkt werden. Geplant ist eine vertiefte intergouvernementale wirtschaftspolitische Koordination zwischen den 17 Staaten der Eurozone, die jedoch offen ist für EU-Mitgliedstaaten, deren Währung nicht der Euro ist – 17+ lautet die Formel. Mithin wird kein Kompetenztransfer auf die europäische Ebene erfolgen, der eine erneute Vertragsänderung nötig machen würde. Der Fokus der Koordination soll, wie es Van Rompuy am Rande des Gipfels formulierte, nicht auf Ergebnissen, sondern auf Inhalten von Politiken liegen. Entscheidungen über konkrete Inhalte wurden noch nicht getroffen. Diese sollen auf einem Gipfel der Staats- und Regierungschefs der Eurozone Anfang März fallen, der voraussichtlich zwischen dem 9. März, dem geplanten Amtsantritt der neuen irischen Regierung, und dem Europäischen Rat am 24./ 25. März stattfinden und sich

ausschließlich mit dem Thema wirtschaftspolitischer Koordination befassen wird. Van Rompuy wurde damit beauftragt, bis zu diesem Zeitpunkt einen Bericht mit konkreten Vorschlägen vorzulegen. Bundeskanzlerin Merkel machte am Rande des Europäischen Rats bereits deutlich, sie strebe vertiefte Koordination in wenigen Punkten an, um bis Ende 2011 bereits konkrete Ergebnisse vorlegen und damit die Handlungsfähigkeit der EU unter Beweis stellen zu können. Dabei müsse es um die Orientierung an Best Practices gehen, eine Nivellierung der Wettbewerbsfähigkeit vermieden werden. Bis zur Tagung der 27 Staats- und Regierungschefs bliebe dann Zeit, um zu eruieren, welche der zehn Mitgliedstaaten, deren Währung nicht der Euro ist, teilnehmen möchten. Die Debatten im Vorfeld des Europäischen Rats haben gezeigt, dass die Koordination wirtschaftspolitischer Reformprojekte, die tief in historisch gewachsene Wirtschafts- und Sozialsysteme der Mitgliedstaaten hineinreichen werden, viel Fingerspitzengefühl erfordern wird. Zudem ist darauf zu achten, dass der gewählte intergouvernementale Ansatz und damit der weitgehende Ausschluss der Kommission nicht zu nachhaltigen Irritationen im institutionellen Gefüge des Lissabonvertrags führt.

Das Gesamtpaket soll ferner Vorschläge der Eurogruppe für eine Stärkung der Europäischen Finanzstabilitätsfazilität enthalten – ein Zugeständnis der Bundesregierung, das im Rahmen eines Gesamtpakets möglich wurde. Zudem steht eine Entscheidung über die Vertragsänderung zur Einrichtung eines Europäischen Stabilitätsmechanismus an. Eine entsprechende Stellungnahme des Europäischen Parlaments wird für März 2011 erwartet. Kritik richtet sich im Parlament zwar gegen das vereinfachte Vertragsänderungsverfahren, das die Beteiligung des Parlaments auf eine Stellungnahme beschränkt, es wird jedoch überwiegend erkannt, dass die aktuelle Lage der Eurozone schnelle Entscheidungen und ein Signal der Einigkeit erfordert. Ferner soll die Eurogruppe die Ausarbeitung des Europäischen Stabilitätsmechanismus fertig stellen. Zudem stehen die Fortsetzung der Reformprogramme in Griechenland und Irland sowie die Beurteilung der haushalts- und struktur-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

EUROPABÜRO BRÜSSEL

JOSCHA RITZ

OLAF WIENTZEK

Februar 2011

www.kas.de

www.eukas.eu

politischen Maßnahmen in den Mitgliedstaaten durch Kommission und EZB auf dem Programm. Ferner soll der Europäische Rat im Rahmen des ersten Europäischen Semesters auf Grundlage des Jahreswachstumsberichts der Kommission vom 12. Januar die haushalts- und strukturpolitischen Prioritäten für dieses Jahr festlegen. Schließlich wird der Ministerrat aufgefordert, bis März eine allgemeine Ausrichtung zu den Kommissionsvorschlägen zur wirtschaftspolitischen Steuerung vorzulegen, um eine Einigung mit dem Parlament im Juni sicherzustellen. Darüber hinaus sind die Mitgliedstaaten aufgefordert, erneut Stresstests für Banken durchzuführen und adäquate Pläne für schwächelnde Finanzinstitute bereitzuhalten.

Damit sind die Komponenten des im März zu schnürenden wirtschafts- und finanzpolitischen Gesamtpakets bekannt. Die Hauptarbeit steht jedoch noch bevor: Ein besonders schwieriges politisches Ringen ist für die nächsten Wochen und Monate zu erwarten. Es gilt, - trotz einer sich aufhellenden Wirtschaftslage - Kurs zu halten und bis März konkrete Ergebnisse zu liefern.

3. Deutliches Signal der Unterstützung für Reformprozesse in Ägypten und Tunesien

Angesichts der aktuellen Ereignisse in Ägypten und Tunesien nahmen die Staats- und Regierungschefs zur aktuellen Situation in beiden Ländern Stellung und deuteten gleichzeitig eine künftige Anpassung der EU-Politik und - Instrumente gegenüber der Region an.

Mit Hinblick auf Ägypten übten die Staats- und Regierungschefs scharfe Kritik an der Gewalt gegenüber Demonstranten, Journalisten und Menschenrechtsaktivisten sowie an der Informationsblockade der ägyptischen Regierung und riefen zu einem Ende der politischen Unterdrückung auf.

Gegenüber einer im Rahmen des Außenministerrats am Montag veröffentlichten Erklärung wurde der Ton noch einmal verschärft: So fordern die Staats- und Regierungschefs den unverzüglichen Beginn eines Reform-

und Transformationsprozesses und die Bildung einer „breit angelegten“ Regierung. Eine Frist für Neuwahlen wird aber nicht genannt; hier gingen die Meinungen der Staats- und Regierungschefs auseinander. Auch wurde der ägyptische Staatschef Mubarak in den Schlussfolgerungen nicht explizit zum Rücktritt aufgefordert. Gleichwohl setzte die EU mit dieser Erklärung ein deutliches Zeichen der Unterstützung für einen unumkehrbaren Demokratisierungsprozess, setzt gleichzeitig aber auch auf einen geordneten Übergang. Letztlich trug die Wortwahl sowohl dem Drängen nordeuropäischer Staaten und Großbritanniens Rechnung, ein klares Signal der Unterstützung für politische Reformen zu senden als auch der Weigerung mehrerer südeuropäischer Länder, explizit einen Rücktritt von Mubarak zu fordern. Damit bewegte sich die Verlautbarung im Fahrwasser einer tags zuvor von den Staats- und Regierungschefs Frankreichs, Spaniens, Deutschlands, Großbritanniens und Italiens veröffentlichten Erklärung, die ebenfalls einen „zügigen“ Beginn des Übergangsprozesses gefordert hatte.

Zusätzlich rief der Rat das Nahostquartett auf, gerade in der aktuellen Lage Fortschritte beim Nahost-Friedensprozess zu erzielen.

Mit Hinblick auf Tunesien sollen mit einer demokratisch gewählten Regierung - wie von den EU-Außenministern am 31. Januar angekündigt - die bereits im Frühjahr 2010 begonnenen Verhandlungen für einen „fortgeschrittenen Status“ der Beziehungen zu einem raschen Abschluss gebracht werden. Darüber hinaus hatte die Hohe Vertreterin Lady Ashton bei einem Treffen mit dem neuen tunesischen Außenminister Ahmed Ouanies einige Tage zuvor Unterstützung bei der Reform der Justiz sowie der Vorbereitung und Abhaltung demokratischer Wahlen zugesichert. Die EU-Außenminister hatten zudem bereits verlautbaren lassen, dass die EU ihre Hilfen den neuen Gegebenheiten anpassen werde. Für den Zeitraum 2011-2013 waren im Rahmen der Europäischen Nachbarschaftspolitik für Tunesien ursprünglich 240 Millionen Euro vorgesehen, davon 15-20 Millionen für Reformen im Justizsektor.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

EUROPABÜRO BRÜSSEL

JOSCHA RITZ
OLAF WIENTZEK

Februar 2011

www.kas.de

www.eukas.eu

Ferner kündigten die Staats- und Regierungschefs an, beide Länder sowohl im politischen wie im wirtschaftlichen Reformprozess zu unterstützen, etwa bei der Vorbereitung freier und fairer Wahlen, der Stärkung demokratischer Institutionen und sozialen Reformen. Ashton soll dazu ein entsprechendes Maßnahmenpaket vorlegen und in den kommenden Wochen beide Länder besuchen. Mithin wird dies die erste Bewährungsprobe für den Europäischen Auswärtigen Dienst werden.

In den vergangenen Wochen hatte es vermehrt Kritik an der bisherigen Politik der EU gegenüber dem Mittelmeerraum und an einer unzureichenden Konditionalität etwa der Europäischen Nachbarschaftspolitik gegeben. Ein Beispiel dafür ist, dass die Verhandlungen zum Upgrade der EU-Tunesien-Beziehungen bereits unter Ben Ali begonnen worden waren. In ihrer Erklärung deuteten die Staats- und Regierungschefs gleichwohl an, die Einhaltung von demokratischen und Menschenrechtsstandards stärker berücksichtigen zu wollen: In Zukunft sollen sowohl die Europäische Nachbarschaftspolitik wie die 2008 ins Leben gerufene Mittelmeerunion vermehrt politische wie wirtschaftliche Reformprozesse unterstützen. Damit wurden die im Rahmen des Außenministerrats am Montag von deutscher Seite geäußerte Idee der Schaffung einer „Transformationspartnerschaft“ zwischen der EU und den arabischen Ländern und ähnlich lautende Forderungen von Großbritannien aufgegriffen.

4. Einigkeit über Innovationspolitik

Ferner nahmen die Staats- und Regierungschefs Schlussfolgerungen zur Innovationspolitik an. Da weitgehende Einigkeit über die Leitlinien bestand, fiel die Diskussion besonders kurz aus. Auf Grundlage der von der Europäischen Kommission vorgelegten Flaggschiffinitiative Innovationsunion im Rahmen von Europa 2020 verständigte sich der Europäische Rat insbesondere auf eine Vollendung des Europäischen Forschungsraums bis 2014 und konzentrierte sich ferner darauf, die Rahmenbedingungen für die private Finanzierung von Innovationen in Europa zu verbessern. Bei der Ausarbeitung

geplanter Initiativen wird darauf zu achten sein, dass Erfahrungen mit Innovationsstrategien der Mitgliedstaaten – z.B. mit der deutschen High-Tech-Strategie – genutzt, Duplikationen vermieden und Vereinfachungen bei Programmen und Finanzierung erreicht werden.

5. Erklärung zu Belarus

Daneben bekräftigten die Staats- und Regierungschefs die gegenüber Weißrussland in Folge der Ereignisse nach den Wahlen im Dezember 2010 verhängten Sanktionen, versprachen aber gleichzeitig ein verstärktes Engagement mit zivilgesellschaftlichen Akteuren.